



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft

Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft am 21.01.2020

Sitzungsraum: Tribseer Damm 1, Raum 402 in 18437 Stralsund,
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:43 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Dirk Niehaus

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Ahlers

Herr Siegbert Geitz

Herr Roland Herrmann

Frau Christa Labouvie

Herr Andre Meißner

Herr Thomas Naulin

Herr Sebastian van Schie

Herr Martin Vogt

Frau Heike Völschow

Stellvertreter/-in

Herr Christian Kirsch

Herr Olaf Micheel

Herr Mario Mundt

für Herrn Hansen; entschuldigt

für Herrn Schöler

Vertretung für Herrn Aurel Hagen

Von der Verwaltung

Frau Franziska Behm

Herr Jan Trenkmann

Frau Dr. Nicole Wasmund

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Christian Ehlers

Herr Aurel Hagen

Herr Hagen Hansen

Frau Sylvia Schiefler

Herr Norbert Schöler

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Stellvertreter/-in

Herr Ernst Branse

für Herrn Ehlers, entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 5. November 2019
5. Information des Bergamtes Stralsund zur Wiederaufwältigung und bergsicheren Verwahrung einer ehemaligen Erdölbohrung (E Rehg 7/62) bei Reinkenhagen; Alexander Kattner, Bergamt Stralsund
6. Aufgaben des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern (StALU) im Bereich Küsten- und Gewässerschutz - Information durch Herrn Matthias Wolters (Amtsleiter) und Herrn Frank Mikkat (Abteilungsleiter Naturschutz, Wasser und Boden)
7. Information zum chance.natur - Naturschutzgroßprojekt „Nordvorpommersche Waldlandschaft“ durch Frau Dr. Nicole Wasmund, Landkreis Vorpommern-Rügen
8. Anfragen
9. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

10. Grundstücksangelegenheit

BV/3/0091

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ausschussvorsitzender Niehaus eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit zehn anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Herr Herrmann teilt mit, dass er keine Sitzungsunterlagen erhalten habe.

Frau Behm erklärt, dass sie vor Versand der Sitzungsunterlagen durch die Poststelle überprüft habe, ob in allen Postfächern Unterlagen vollumfänglich zum Postversand bereitliegen. Die Sitzungsunterlagen seien frist- und ordnungsgemäß an alle Mitglieder herausgegangen.

2. Einwohnerfragestunde

Anfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ausschuss bestätigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Tagesordnung der 3. Sitzung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 5. November 2019

Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Ausschuss bestätigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Niederschrift der 2. Sitzung vom 5. November 2019.

5. Information des Bergamtes Stralsund zur Wiederaufwältigung und bergsicheren Verwahrung einer ehemaligen Erdölbohrung (E Rehg 7/62) bei Reinkenhagen; Alexander Kattner, Bergamt Stralsund

Herr Kattner vom Bergamt Stralsund informiert anhand einer Präsentation über die Wiederaufwältigung und bergsichere Verwahrung der ehemaligen Erdölbohrung E Rehg 7/62. Hierbei geht er u. a. auf die Organisationsstruktur, den Aufgabenbereich, die Altbohrungen in M-V, das Bergwerksfeld in Reinkenhagen, die Bohrarbeiten - Bohranlage mit Bohrlochsicherung sowie die Ergebnisse der Bohrarbeiten 2019/2020 ein (siehe Anlage).

Herr Vogt und Frau Labouvie erscheinen zur Sitzung.

Frau Labouvie fragt, ob der Rückzug der Firma CEP von Usedom Grund für die Normenkontrollklage gewesen sei.

Herr Kattner erklärt, dass CEP dort eine Altbohrung hatte und man dort mehr auf Erdölbohrung ausgewiesen sei. Eröl sei nachgewiesen worden, jedoch fehlte die Quantität. Dies sei Grund für einen Abbruch gewesen. Die Normenkontrolle hatte einen Bezug zum Landesentwicklungsprogramm, im Offshorebereich bestehe ein Verbot.

Frau Labouvie fragt, warum seitens des Nachfolgers Neptun Energy Interesse bestehe. Sie erkenne keinerlei Bewegungen derer.

Herr Kattner sagt, dass es eine eventuell eine strategische Überlegung sei, zu warten. Den Firmen sei die politische Situation durchaus bewusst. Ebenso seien Investitionshemmnisse vorhanden. Dennoch sei ihm nichts genaueres bekannt.

Herr van Schie sagt, dass ihm bekannt sei, dass in den Bohrlöchern Bohrschlämme gelagert seien und diese mit verschiedenen Chemikalien versetzt seien.

Herr Kattner erklärt, dass die Stellen bekannt seien und begutachtet wurden und die Schlämme zurückgebaut werden.

Herr Micheel fragt, ob der Rückzug der CEP mit der Konzessionserhöhung durch das Land zusammenhänge.

Herr Kattner sagt, dass es gut sein könne, er aber nichts genaueres sagen könne.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

6. Aufgaben des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern (StALU) im Bereich Küsten- und Gewässerschutz - Information durch Herrn Matthias Wolters (Amtsleiter) und Herrn Frank Mikkat (Abteilungsleiter Naturschutz, Wasser und Boden)

Herr Wolters (Amtsleiter) informiert über die Aufgaben des StALU im Bereich Küsten- und Gewässerschutz.

Herr Mikkat (Abteilungsleiter Naturschutz, Wasser und Boden) informiert über die öffentlichen und nichtöffentlichen Aufgaben des Küstenschutzes sowie die Sicherung, Erhaltung und Wiederherstellung der Dünen anhand des § 83 Wassergesetzes des Landes M-V.

Herr Herrmann fragt, warum der Minister erst im Jahr 2014 auf die Idee gekommen sei, dass die Sicherung der Dünen durch einen Drahtzaun entbehrlich sei.

Herr Mikkat sagt, dass er dies nicht beantworten könne. Feststehe, dass die Zäune physikalisch für das Funktionieren der Düne als Küstenschutzanlage nicht erforderlich seien.

Herr Wolters fügt hinzu, dass es Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben gebe und bei der Bewältigung dieser Aufgaben aufgrund des kontinuierlichen Personalabbaus Prioritäten gesetzt werden mussten, insbesondere bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben.

Herr van Schie fragt, warum die Kiefern im Bereich Mukran/Prora gefällt worden seien.

Herr Mikkat erklärt, dass es sich hier um Erosionsschutzdünen handle und nicht um Landesschutzdünen. Vor dem Hintergrund könne er hier nichts Genaueres sagen.

Herr Meißer fragt, ob es bezüglich der Sicherung der Dünen präventive Maßnahmen oder Verfahren gebe.

Herr Mikkat sagt, dass die Drähte im Herbst abgenommen und im Frühjahr des darauffolgenden Jahres wieder aufgezogen werden. Bei Sturmflut könne es passieren, dass die Drähte reißen und ggf. Enden der Drähte im Sand landen und somit eine Verletzungsgefahr bestehe. Daher ist es notwendig, dass die Krampen gelöst und auf die Dünen gelegt werden.

Frau Labouvie fragt, ob es Karten oder Unterlagen gebe, in denen die Überflutungsgebiete ersichtlich seien.

Herr Mikkat antwortet, dass hierzu auf der Seite des LUNG Informationen zu finden sein müssen.

Herr Naulin fragt nach einem Schilderkonzept. Schließlich mache es wenig Sinn, Bereiche abzuzäunen, an denen keine Schilder stehen würden.

Herr Mikkat entgegnet, dass die Dünen nicht betreten werden dürfen und an allen Landesschutzdünen Schilder stehen.

Herr Herrmann fragt, warum statt Stacheldraht nicht normaler Draht verwendet werde.

Herr Mikkat antwortet, dass ausschließlich normaler Draht aus dem Baumarkt verwendet werde.

Herr Wolters äußert, dass er über den Kreistagsantrag aus Dezember, in dem der Landrat beauftragt worden sei, daraufhin zu wirken, dass das StALU seine übertragenen Aufgaben gesetzeskonform wahrnehme, nicht sonderlich erfreut gewesen sei. Das StALU erfülle seine Aufgaben ordnungsgemäß und gesetzeskonform. Es seien souveräne Leute eingestellt, welche gute Arbeit leisten.

Herr Niehaus entgegnet, dass diese Informationen in den anstehenden Kreistag hineingenommen und das StALU ausschusseiteilig in Schutz genommen werde. Weiterhin erkundigt er sich nach dem Fischsterben in der Barthe.

Herr Mikkat erklärt, dass Fischsterben nichts Unnatürliches seien und es verschiedene Gründe dafür gebe. Bei allen Fließgewässern sei das Nährstoffniveau sehr hoch. Sofern die Temperatur steigt, schwindet der Sauerstoff in den Gewässern, was mitunter ein Grund für das Fischsterben sei. Eine Verringerung des Nährstoffniveaus könne eine Lösung sein. Jedoch könne ein Fischsterben gänzlich nicht vermieden werden.

Herr Mundt führt bezüglich einer technischen Anlage des ZWAR in Bergen aus, dass diese bei Starkregen sehr überlastet sei und die Inhalte zum Teil ungefiltert weggehen. Er fragt, ob hier ein Fehler im System sei.

Frau Dobbert, Sachgebietsleiterin Wasserwirtschaft, erklärt, dass es ihr bekannt sei und es beim ZWAR bereits angezeigt worden sei. Es bleibe abzuwarten, wie der ZWAR kooperiere. Eine Nachrüstung bzw. Sanierung der Anlage müsse höchstwahrscheinlich angeordnet werden.

Herr Niehaus sagt, dass er seitens eines Bürgers einen Anruf erhalten habe, dass in Vieregge durch den Ablauf einer Kläranlage eine Grünlandfläche überschwemmt worden sei. Er fragt, ob dies ebenfalls bekannt sei.

Frau Dobbert bejaht dies und fügt hinzu, dass die Wasserbehörde am 22. Januar 2020 vor Ort ist und Besichtigungen vornehme. An den Bürgermeister seien auch bereits die Sachstandsberichte übergeben worden.

Nach kurzer weiterer Diskussion entscheidet der Ausschuss, die Thematik Gewässerschutz und Wasserrahmenrichtlinie als Tagesordnungspunkt für eine der nächsten Sitzung aufzunehmen.

Herr Niehaus bedankt sich bei Herrn Mikkat und Herrn Wolters für die Ausführungen.

7. Information zum chance.natur - Naturschutzgroßprojekt „Nordvorpommersche Waldlandschaft“ durch Frau Dr. Nicole Wasmund, Landkreis Vorpommern-Rügen

Frau Dr. Wasmund, Projektleiterin chance.natur, informiert anhand einer Präsentation über das Naturschutzgroßprojekt Nordvorpommersche Waldlandschaft (siehe Anlage). Dabei geht sie u. a. auf das Projektgebiet, die Geschichte des Projektes, die Finanzierung, die Einrichtung von Altholzinseln, das Einrichten von Naturwaldparzellen sowie das Einrichten von Schreiadler-Waldschutzarealen ein.

Herr Mundt fragt, ob die erworbenen Flächen dem Landkreis Vorpommern-Rügen

gehören würden.

Frau Dr. Wasmund bejaht dies.

Herr Herrmann spricht die Problematik der Borkenkäfer an.

Frau Dr. Wasmund erklärt, dass die Altholzinseln einen Mischwaldcharakter haben, in denen es nicht zu Borkenkäferbefall kommt.

Herr van Schie fragt, ob die Jagd von den Auflagen betroffen sei.

Frau Dr. Wasmund verneint dies.

Herr Mundt sagt, dass bei der BVVG 40 ha Flächen ausgeschrieben seien und fragt, warum der Landkreis nicht an dieser Fläche interessiert sei.

Frau Dr. Wasmund entgegnet, dass die bisherigen Flächen ausschreibungsfrei gewesen seien. Es gebe ein großes Kontingent an Flächen, die eher für den Landkreis geeignet seien.

Frau Dobbert fragt, ob die Planungen für die Biotopmaßnahmen vergeben werden.

Frau Dr. Wasmund sagt, dass die Planungen durch Planungsbüros durchgeführt werden und man mit der uNB und dem StALU zusammenarbeite.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

8. Anfragen

Herr Geitz fragt nach dem Stand eines Antrages der Gemeinde Gingst auf Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes West-Rügen. Dieser sei bereits vor langer Zeit gestellt worden und er habe das Gefühl, dass hier eine Verzögerungstaktik im Zusammenhang mit dem Windeignungsgebiet gefahren werde.

Herr Trenkmann erklärt, dass der Antrag als Anlass genommen worden sei auch die weiteren Gemeinden innerhalb des LSG zu befragen, da es auch weitere Flächen in den Nachbargemeinden geben würde, die aus naturschutzfachlicher Sicht für die Hereinnahme ins LSG geeignet wären. Bis auf eine Gemeinde seien jedoch Absagen gekommen.

Als nächster Schritt werde ein förmliches Beteiligungsverfahren stattfinden und eine öffentliche Auslegung stattfinden. Nach Auswertung und Abwägung aller Einwände und Stellungnahmen werde abschließend entschieden. Ziel sei, das Verfahren im ersten Halbjahr 2020 abzuschließen. Der Vorwurf einer absichtlichen Verzögerung durch die Naturschutzbehörde wird von Herrn Trenkmann strikt zurückgewiesen.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

9. Mitteilungen

Herr Trenkmann sagt, dass zur nächsten Sitzung am 17. März 2020 wieder das StALU eingeladen werde sowie Vertreter des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie aus Güstrow. Hier habe er bereits eine Anfrage gestellt. Weiter informiert er, dass er auch den Zweckverband Rügen und den Wasser- und Bodenverband Rügen kontaktiert habe, hier jedoch ebenfalls Rückmeldungen ausstehend seien.

Herr Niehaus bittet darum, dass sich der Ausschuss bei einer Absage durch das LUNG vorbehalte, den Tagesordnungspunkt von der nächsten Tagesordnung zu nehmen. Er ergänzt, dass auch Vertreter von landwirtschaftlichen Betrieben eingeladen werden.

Herr Niehaus schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nichtöffentlichen Teil.

07.02.2020 gez. Dirk Niehaus

gez. Franziska Behm

Datum, Unterschrift
Dirk Niehaus
Ausschussvorsitzender

Datum, Unterschrift
Franziska Behm
Protokollführerin